

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ortsbeirates Windsberg vom 22.05.2025 in der Karl-Sieber-Halle der Chorgemeinschaft Windsberg im Ortsbezirk Windsberg

Die gesetzliche Mitgliederanzahl beträgt: 8

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Stefanie Eyrisch

Mitglieder

Herr Uwe Bißbort

Frau Angela Guhr

Herr Heiko Hauer

Herr Frank Scherer

Herr Martin Stegner

Frau Marissa Stephan

Protokollführung

Herr Lucca Haas

Frau Natalie Böttcher

von der Verwaltung

Herr Thomas Bath

Herr Jörg Groß

Herr Michael Maas

Frau Sandra Schulze-Gruchot

Es fehlt entschuldigt:

Mitglieder

Frau Carmen Stegner

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr.

Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ortsbeiratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Straßenausbauprogramm 2026-2030
3. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB), Bebauungsplan WB 104 "Am Emmersberg-Süd"
4. Anträge der Fraktionen
 - 4.1. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Windsberg vom 15.05.2025 bezüglich "Prüfung von Staumöglichkeiten für den Förderverein der Kita Windsberg"
 - 4.2. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 15.05.2025 bezüglich "Verbesserung der Ausstattung des Spielplatzes in Windsberg"
5. Anfragen und Informationen

zu 1 Einwohnerfragestunde

Eine Anwohnerin äußert mehrere Anliegen, insbesondere zur Situation in der Kita. Sie habe festgestellt, dass sich die Lage hinsichtlich Notgruppen, Personalmangel und Ausfällen zunehmend ins Unerträgliche steigere, insbesondere für die Kinder. Es gebe häufig Personalwechsel, wodurch einzelne Kinder immer wieder zu Hause bleiben müssten. Auch für die Erzieherinnen und Erzieher sei die Situation mittlerweile unerträglich geworden, da sie unter dem Personalmangel litten und nicht mehr wüssten, wie sie den Kindern unter diesen Umständen ein angemessenes Betreuungsprogramm bieten könnten.

Sie habe sich daher mit verschiedenen Eltern aus anderen Bereichen ausgetauscht und bestätigt bekommen, dass das Fehlen von Springerkräften in ganz Pirmasens ein Problem sei. Sie wundere sich darüber, warum es in Pirmasens kein vergleichbares System wie in Zweibrücken gebe, wo sechzehn Springerkräfte tätig seien und festen Kitas zugewiesen seien. Laut Aussage von Frau Theisinger vom Amt seien in Pirmasens lediglich zwei Teilzeitkräfte als Springer eingestellt.

Zusätzlich sei unklar, warum auf Personalnotstände durch Krankheit oder längere Ausfälle nicht schneller reagiert werde. In der Kita Windsberg seien im Jahr 2024 insgesamt 53 Tage sowie im Jahr 2025 bereits 25 Tage Betreuungsausfall entstanden. Fünf zusätzliche Tage hätten nur durch den Einsatz einer Springerkraft abgedeckt werden können. Unter diesen Umständen könne kein sinnvolles Erziehungs- und Betreuungsangebot gewährleistet werden.

Auch sei für sie nicht nachvollziehbar, warum die Stadt den bestehenden Personalnotstand auf die Elternschaft abwälze, obwohl ein gesetzlicher Anspruch auf Betreuung bestehe. Dennoch werde erwartet, dass die Kinder regelmäßig zu Hause betreut würden, auch ohne Rücksicht auf Elternteile in systemrelevanten Berufen wie Pflege oder Erziehung.

Darüber hinaus erwarte sie eine Klärung darüber, ob die Stadt die durch die häusliche Betreuung entstandenen Ausfallzeiten finanziell erstatten könne, da ein Rechtsanspruch bestehe. Ebenso frage sie nach, ob das Essensgeld für die Tage, an denen das Kind wegen nicht gewährleisteter Betreuung zu Hause bleiben müsse, zu-rückerstattet werde.

Sie stellt zudem infrage, warum in eingruppigen Kindergärten keine Auszubildenden oder Hilfskräfte zur Entlastung eingesetzt werden und weshalb die Schulen dies ablehnen dürften. Es erschließe sich ihr nicht, wo der Unterschied sei, ob eine Kita eine oder fünf Gruppen habe, da das Lernangebot dasselbe bleibe.

Ein weiteres Problem betreffe die Besetzung von rund sechzehn offenen Stellen. Sie fragt an, ob eine Planung existiere, um diesen Bedarf zu decken, und ob das Bewerbungsverfahren beschleunigt oder vereinfacht werden könne. Laut Aussage des Amtes sei der Prozess zu träge, sodass Bewerberinnen und Bewerber sich oft für andere Stellen entscheiden würden. Bewerbungen würden im März eingereicht werden, doch erst im September erhielten die Bewerber eine Einladung zum Vorstellungsgespräch. In dieser Zeit hätten viele sich bereits anderweitig umgeschaut und eine andere Stelle angenommen.

Neben den personellen Fragen spricht sie die provisorische Lösung von baulichen Problemen an. An allen Notausgängen der Kita seien Holzbretter verbaut, die regelmäßig aufweichen und bei Regen sehr rutschig seien. Sie berichtet, dass sie persönlich beim Sommerfest beinahe gestürzt sei, als es stark geregnet habe. Anstatt die seit der Öffnung der Kita versprochenen Stahlmatten zu installieren, würden immer wieder provisorisch Holzbretter ausgetauscht werden. Das Aufweichen der Bretter

erschwere zudem die Öffnung der Notausgänge. Wenn bei der Stadt angerufen werde, werde lediglich ein neues Holzbrett eingesetzt, statt eine dauerhafte Lösung zu schaffen.

Darüber hinaus erkundigt sie sich nach dem Glasfaserausbau im unteren Bereich der Hochwaldstraße. Sie wohne seit drei Jahren in Windsberg und habe immer noch keinen Festnetzanschluss. Die einzige Aussage zum Ausbau laute stets „im Herbst“, jedoch ohne eine konkrete Jahresangabe.

Ein weiteres Anliegen bezieht sich auf eine Photovoltaikanlage, für die sie einen Antrag gestellt habe. Dieser sei jedoch abgelehnt worden, da es sich um ein Wald- und Wiesengrundstück handle. Die Stadtwerke habe ihr jedoch mitgeteilt, dass weitere Anlagen im unteren Bereich bis über 60 kW aufgenommen werden könnten und dort bereits ein Strommangel bestehe. Während des Umbaus ihres Stromnetzes sei ihr mitgeteilt worden, dass verschiedene Maßnahmen nicht durchgeführt werden könnten, da die Leitungen zu alt seien. Sie fragt daher an, weshalb das Bauamt sinnvolle Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien in Randbereichen mit schlechter Stromversorgung ohne Lösungsvorschläge ablehne. Sie habe sie sich selbst informiert und wolle wissen, wann und wie eine Nutzungsänderung für Wald- und Wiesengrundstücke beantragt werden könne.

Die Vorsitzende teilt mit, dass die zuständigen Fachämter heute nicht vor Ort seien, die Anfragen jedoch an die Verwaltung weitergegeben würden. Hinsichtlich der Kita-Problematik erklärt sie, dass sie seit längerem im Austausch mit der Stadtverwaltung stehe und bereits weitere Eltern sie kontaktiert hätten. Die aktuellen Betreuungsausfälle seien für Eltern, Erzieher und Kinder nahezu untragbar, und auf große Personalausfälle sei aufgrund Refinanzierungsproblematiken im Rahmen der Entgeltfortzahlung ggf. nicht schnell genug reagiert worden. Es sei ihr jedoch signalisiert worden, dass das Problem erkannt sei und eine Lösung hierfür gefunden werden soll.

Hierzu schlägt sie vor, einen Termin mit dem Fachamt für Jugend und Soziales zu vereinbaren, bei dem auch gegebenenfalls der zuständige Dezernent sowie die Sachgebietsleiterin Frau Theisinger anwesend sein sollten. In einer großen Runde solle eine fachliche Bewertung und Erörterung der angesprochenen Themen erfolgen.

Ortsbeiratsmitglied Bißbort ergänzt, dass er aus der Sicht des Arbeitgebers eine Problematik sehe, die scheinbar beim zuständigen Fachamt nicht wahrgenommen werde. Es gebe einen Mitarbeiter, dessen Kind den Kindergarten besuche, wobei weder Großeltern noch andere Angehörige zur Betreuung zur Verfügung stünden. Die Ehefrau des Mitarbeiters sei im Pflegebereich tätig und verlasse morgens gegen 05:30 Uhr das Haus. Ab dem 01.06.2025 solle erst am Morgen mitgeteilt werden, welche Kinder in die Kita kommen könnten und welche nicht betreut werden würden. Er hinterfragt, wie er die Situation als Arbeitgeber lösen solle. Schließlich müsse der Arbeitnehmer sein Kind betreuen und könne daher nicht zur Arbeit erscheinen. Dies könne er auch gut nachvollziehen.

Er stimme der Bürgerin uneingeschränkt zu, dass die Situation in der Kita nicht bestehen bleiben dürfe. Diese Zustände beständen bereits seit Jahren. Eine kurzfristige Verbesserung sei mit der Eröffnung des neuen Kindergartens eingetreten, jedoch habe diese lediglich für etwa 1,5 Jahre angehalten. Nun sei die Situation wieder wie zuvor und eine Aussicht auf Verbesserung bestehe nicht.

Die Vorsitzende sichert abschließend eine zeitnahe Rückmeldung der gesammelten Anfragen zu.

Eine weitere Anwohnerin fragt an, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um das Kurvenproblem in der unteren Hochwaldstraße zu verbessern. Inzwischen würden dort etwa 15 Kinder wohnen. Es sei bereits ein 30-km/h-Schild an der Einfahrt nach Windsberg sowie gegenüber der Hausnummer 83 angebracht worden. Allerdings halte sich niemand an das Tempolimit, wodurch eine Gefährdung der Kinder bestehe.

Die Vorsitzende erklärt, dass dieses Thema bereits mehrfach im Ortsbeirat behandelt worden sei. Dennoch habe bisher keine Lösung die Zufriedenheit der Ortsbeiratsmitglieder erzielt. Es seien verschiedene Ansätze diskutiert worden, welche Möglichkeiten umsetzbar wären. Viele Vorschläge hätten jedoch aus verkehrsrechtlicher Sicht nicht realisiert werden können. Letztlich habe jedoch lediglich die Beschilderung ergänzt werden können. Generell stelle die Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsregelungen in Windsberg ein Problem dar. Sie verstehe, dass die Anwohner die gefährliche Kurvensituation als besonders problematisch wahrnehmen würden. Allerdings betreffe das Problem die gesamte Ortschaft, da mit Ausnahme der geraden Strecken der Hochwaldstraße überall Tempo 30 gelte.

Die Anwohnerin äußert ihre Besorgnis über die Situation. Die Kinder seien angehalten, bevor sie die Straße überqueren, sich in der Kurve zu positionieren, um sowohl nach oben als auch nach unten sehen zu können. Dennoch seien sie weiterhin Kinder, die möglicherweise unaufmerksam würden, wenn sie Freunde auf der anderen Straßenseite erblicken. Sie habe bereits mehrfach Fahrer auf das Tempolimit hingewiesen, jedoch ohne erkennbare Wirkung. Es könne nicht sein, dass lediglich ein Schild angebracht werde und damit die Problematik als erledigt gelte.

Die Vorsitzende hält fest, dass die Behauptung, es geschehe nichts, nicht zutreffe. Sie verstehe, dass die aktuelle Lösung nicht zur Zufriedenheit der Anwohner geführt habe, doch müssten die rechtlichen Rahmenbedingungen beachtet werden. Sie sichert zu, dass geprüft werde, ob weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Kurvenproblematik in der unteren Hochwaldstraße möglich seien.

zu 2 Straßenausbauprogramm 2026-2030

Herr Maas führt in das Thema Straßenbau ein und erläutert, dass seit dem Jahr 2001 ein System wiederkehrender Beiträge zur Finanzierung bestehe. In Pirmasens gebe es insgesamt 613 Straßen, die in 1.300 Straßenabschnitte unterteilt seien, mit einer Gesamtlänge von über 230 Kilometern. Vor der Einführung dieses Systems habe es zahlreiche schlecht erhaltene Straßen gegeben. Die Anwohner hätten die Verwaltung mehrfach darauf hingewiesen, sich um die Straßensanierung zu kümmern, doch dies habe zu hohen Einmalbeträgen für die Betroffenen geführt.

Er fährt fort, dass kaum Straßen grundlegend erneuert worden seien, obwohl dies dringend erforderlich gewesen wäre. Seit 2001 seien in der Stadt etwa 155 Maßnahmen im Vollausbau durchgeführt worden, inklusive der Erneuerung von Ver- und Entsorgungsleitungen. Die Investitionssumme habe bei knapp 75 Millionen Euro gelegen, wodurch sich das Stadtbild erheblich verbessert habe. Die meisten Aufträge

seien von regionalen Bauunternehmen umgesetzt worden. Innerhalb des letzten Ausbauprogramms von 2021 bis 2025 seien rund 38 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von etwa 18 Millionen Euro realisiert worden.

In Windsberg seien in dieser Zeit keine Maßnahmen durchgeführt worden, da kein Ausbaubedarf bestanden habe. Die Straßen seien in einem guten Zustand gewesen, weshalb der Beitragssatz auf null Cent festgesetzt worden sei.

Die technische Zustandsbewertung der Straßen erfolge kontinuierlich anhand von sieben Beurteilungskriterien, die in ein Schulnotensystem überführt würden. Der Schwellenausbaubedarfswert liege bei 4,5. Straßen mit besseren Bewertungen gelten als ausreichend, sodass eine grundlegende Erneuerung nicht erforderlich sei. Maßnahmen würden zudem anhand der Bedürfnisse der Ver- und Entsorgung prioritisiert.

Herr Groß erläutert die aktuelle Lage in Windsberg und stellt fest, dass weiterhin keine schlechten Straßen existieren. Hinsichtlich der Beleuchtung am Rederwald seien drei Beleuchtungsmasten vorhanden, deren Zustand überprüft worden sei. Der Vorschlag bestehe darin, diese zu erneuern. Besonders problematisch sei der Aluminiummast, der zum Jahresende nochmals auf seine Standfestigkeit überprüft werden müsse. Sofern dieser nicht mehr den Anforderungen entspreche, müsse er entfernt werden. Neben dem Aluminiummast gebe es zwei Holzmasten mit Überlandverkabelung. An den Masten seien drei LED-Leuchten angebracht. Aufgrund ihrer Empfindlichkeit gegenüber Überspannungen bestehe bei Gewittern die Gefahr von Schäden an den LED-Leuchten. Deshalb werde vorgeschlagen, die Masten zu erneuern und die Verkabelung auf Erdverkabelung umzustellen. Die Gesamtkosten würden sich auf 91.000 Euro belaufen, was einen Beitragssatz von sechs Cent pro Quadratmeter für Windsberg bedeute.

Ein anwesender Bürger spricht den Zustand der Gehwege in der Römerstraße an. Es sei zugesagt worden, dass diese überprüft werden, doch die Situation sei weiterhin unverändert. Die Gehwege seien von unterschiedlichster Beschaffenheit, darunter Asphalt, Schotter, Gras, Bitumen und Wurzelwerk.

Herr Groß stimmt dem Bürger zu. Aus diesem Grund seien die Gehwege in die Bewertungstabelle aufgenommen worden. Eine Erneuerung stelle jedoch einen erheblichen Aufwand dar. Der Gehweg könnte erneuert werden, allerdings müsse der Ortsbeirat über die Durchführung der Maßnahme entscheiden. Die Erneuerung der Gehwege bedeute einen Beitragssatz von 41 Cent pro Quadratmeter für Windsberg.

Die Vorsitzende hält fest, dass der Ortsbeirat eine Abwägung treffen müsse zwischen der Verbesserung der Infrastruktur und dem Kostenaufwand für die Einwohner. Es gelte zu überlegen, ob die Maßnahme gewünscht sei und ob die Kosten über die wiederkehrenden Beiträge auf alle Bürger umgelegt werden sollen. Zudem sei zu berücksichtigen, dass Teile der Römerstraße bereits gut ausgebaut seien und einige Bereiche in der jüngsten Vergangenheit von den Bewohnern selbst erneuert worden seien. Die Diskussion bleibe offen und letztlich müsse das Gremium eine Entscheidung treffen.

Ortsbeiratsmitglied Bißbort gibt zu bedenken, dass 90 Prozent der Gehwege in der Römerstraße bereits hervorragend ausgebaut seien. Er hinterfragt, ob es gerechtferigt sei, einen Beitrag von 41 Cent pro Quadratmeter zu erheben, um lediglich zehn

Prozent der Gehwege zu verbessern. Ferner stelle sich die Frage, wie den Anwohnern erklärt werden solle, dass von ihnen in Eigenleistung erneuerte Gehwege rausgerissen werden sollen, um anschließend den gleichen Zustand durch neue Baumaßnahmen wiederherzustellen.

Bezüglich der Beleuchtung am Rederwald betont er, dass die Holzmasten weiterhin stünden und die Stromzufuhr zum Aussiedlerhof Schweickert darüber verlaufe. Solange dies der Fall sei, halte er es nicht für erforderlich, die Straßenbeleuchtung zu erneuern. Eine Investition von 91.000 Euro für die Erneuerung von drei Lampen halte er derzeit für nicht notwendig.

Anschließend erfolgt die Abstimmung:

Zunächst wird darüber abgestimmt, dass die Beleuchtungsmaßnahmen am Rederwald und die Erneuerung der Gehwege in der Römerstraße durchgeführt werden.

Es werden zwei Stimmen dagegen und fünf Enthaltungen verzeichnet.

Der Ortsbeirat lehnt einstimmig ab.

Daraufhin erfolgt eine weitere Abstimmung über die ausschließliche Erneuerung der Beleuchtungsanlagen am Rederwald.

Die Abstimmung findet keine Mehrheit.

Zuletzt wird darüber abgestimmt, dass im kommenden Straßenausbauprogramm kein Ausbau stattfinden wird.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig, dass im Straßenausbauprogramm 2026-2030 kein Ausbau erfolgen wird.

Herr Groß erklärt nachfolgend, dass der Vorbereich des Friedhofs im letzten Ausbauprogramm erneuert worden sei. Dadurch bestehe noch ein Restbetrag in Höhe von 17.000 Euro, der noch finanziert werden müsse. Zwei mögliche Varianten stünden zur Verfügung: Entweder werde ein Beitrag von einem Cent pro Quadratmeter an wiederkehrenden Beiträgen erhoben oder der Restbetrag werde spitz abgerechnet.

Herr Maas vertieft die Erläuterung der beiden Varianten. Aus dem vorherigen Ausbauprogramm bestehe noch ein Defizit von 17.000 Euro, welches im neuen Programm ausgeglichen werden müsse. Bei der ersten Option werde ein Beitrag von einem Cent pro beitragspflichtiger Fläche erhoben, wodurch über fünf Jahre hinweg entsprechende Bescheide mit Abbuchungsvorgängen ergingen. Alternativ könne eine Spitzabrechnung erfolgen, welche für ein durchschnittliches Grundstück eine einmalige Belastung von etwa 39 Euro bedeute.

Die Verwaltung empfehle, den verbleibenden Fehlbetrag aus dem letzten Straßenausbauprogramm in Höhe von 17.000 Euro durch eine Spitzabrechnung auszugleichen.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

**zu 3 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB), Bebauungsplan WB 104 "Am Emersberg-Süd"
Vorlage: 1872/I/61/2024**

Ortsbeiratsmitglied Bißbort tritt aufgrund von Sonderinteresse gemäß § 22 GemO von der Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes zurück und nimmt im für Zuhörer vorgesehenen Teil des Sitzungsraums Platz.

Herr Maas erläutert, dass die Thematik weit fortgeschritten sei und das Ergebnis nun besprochen werde. Der Hauptausschuss solle am 16.06.2025 entscheiden. Es werde ein Offenlagebeschluss gefasst, sodass der Bebauungsplan anschließend für 30 Tage ausliege. Nach Ablauf dieser Frist solle der Stadtrat die Satzung des Bebauungsplans beschließen, wodurch Baurecht entstehe.

Der Grunderwerb solle durch Immo 150 erfolgen, voraussichtlich im September. Die vorbereitenden Arbeiten würden noch in diesem Jahr beginnen, die Erschließung sei für das kommende Frühjahr vorgesehen.

Frau Schöning-Essig stellt vor. (Anlage 1 zur Niederschrift)

Ortsbeiratsmitglied Hauter erkundigt sich nach der Anzahl der Bauplätze.

Frau Schöning-Essig erläutert, dass 24 Bauplätze geschaffen würden.

Ortsbeiratsmitglied Scherer fragt an, ob es Interessenten aus Windsberg gebe.

Die Vorsitzende bestätigt, dass es solche Interessenten gebe.

Ortsbeiratsmitglied Stephan erkundigt sich, ob diesen ein Vorrecht eingeräumt werde.

Die Vorsitzende verneint dies.

Herr Maas betont, dass sich Interessenten zügig melden sollten.

Ortsbeiratsmitglied Stegner erkundige sich nach dem Quadratmeterpreis.

Frau Schöning-Essig erläutert, dass die Preisgestaltung erst nach der Erschließung festgelegt werden könne, da sich die Baupreise stetig verändere.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

zu 4 Anträge der Fraktionen

zu 4.1 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Windsberg vom 15.05.2025 bezüglich "Prüfung von Staumöglichkeiten für den Förderverein der Kita Windsberg"

Ortsbeiratsmitglied Guhr stellt den Antrag vor. (Anlage 2 zur Niederschrift) Sie erläutert die CDU-Ortsbeiratsfraktion Windsberg stelle diesen Antrag, da mit dem Neubau des Kindergartens die bisherige Möglichkeit der Lagerung von Gegenständen des Fördervereins entfallen sei. Im neuen Kindergarten sei definitiv kein Platz mehr vorhanden und auch anderweitig gebe es in Windsberg keine Lagerungsmöglichkeiten. Für Veranstaltungen gestalte sich die Situation schwierig, da aufgrund der fehlenden Lagerkapazitäten in Windsberg die benötigten Gegenstände nicht vor Ort verfügbar seien.

Aus den genannten Gründen werde der Antrag gestellt, im Außenbereich des Kindergartens ein Gerätehaus zu errichten oder eine vergleichbare Lösung zu finden, um dem Förderkreis eine Abstellmöglichkeit für seine Sachen zu gewährleisten. Das Gerätehaus müsse eine Größe aufweisen, damit etwa 20 Parkgarnituren untergebracht werden könnten.

Ortsbeiratsmitglied Scherer erkundigt sich nach der Finanzierung.

Ortsbeiratsmitglied Guhr berichtet, dass der Förderkreis die Kosten übernehme – hier ginge es lediglich um die Zur-Verfügung-Stellung einer städtischen Fläche zur Errichtung eines entsprechenden Hauses. Dieser habe bereits einen Antrag bei der Stadtverwaltung eingereicht, jedoch ohne Erfolg. Aus diesem Grund möchte die CDU-Ortsbeiratsfraktion den Antrag nun einreichen.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig, den Antrag zur Prüfung einzureichen.

zu 4.2 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Windsberg vom 15.05.2025 bezüglich "Verbesserung der Ausstattung des Spielplatzes in Windsberg"

Ortsbeiratsmitglied Guhr stellt den Antrag vor. (Anlage 3 zur Niederschrift) Sie gibt zu verstehen, dass die Ausstattung des Spielplatzes in Windsberg in die Jahre gekommen sei und nicht mehr dem Standard der umliegenden Spielplätze entspreche. Die vorhandenen Spielgeräte seien veraltet und nicht mehr zeitgemäß, so dass eine Erneuerung oder Modernisierung erforderlich sei. In den letzten zehn Jahren sei dort kaum eine wesentliche Veränderung vorgenommen worden. Zwar seien gelegentlich einzelne Sprossen ausgetauscht und die Schaukel umgestaltet worden, doch insgesamt habe sich nichts Grundlegendes geändert.

Anschließend erläutert sie, dass die Anzahl der Kinder in Windsberg mittlerweile stark zugenommen habe, weshalb dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Spielgeräte sollten entsprechend modernisiert werden, damit sie wieder attraktiver für die Kinder seien. Daher werde die Verwaltung gebeten, den Zustand des Spielplatzes zu überprüfen und einen Verbesserungsvorschlag zu erarbeiten. Besonders wichtig sei dabei die Einbeziehung der Kinder und Eltern, damit die Umgestaltung sich an deren Bedürfnissen orientiere. Abschließend solle dem Ortsbeirat ein Konzept vorgelegt werden, das mögliche Veränderungen und deren Umsetzung aufzeige.

Ortsbeiratsmitglied Bißbort berichtet, dass er vor der Ortsbeiratssitzung an der Vorstandssitzung von Leader teilgenommen habe und dort erfahren habe, dass für solche Anliegen erhebliche Fördermittel zur Verfügung stünden. Er fragt an, ob für die Stadt die Möglichkeit bestehe, auf diese Fördertöpfe zurückzugreifen.

Herr Maas gibt zu verstehen, dass eine Förderung über das Leader-Förderprogramm nicht möglich sei. Zunächst müssten die zuständigen Kollegen den Spielplatz begutachten und den konkreten Bedarf an Veränderungen ermitteln. Anschließend müsste geprüft werden, welche Finanzierungsoptionen infrage kämen. Dies könnte beispielsweise über andere Förderprogramme oder durch Co-Finanzierungen erfolgen.

Die Vorsitzende verdeutlicht, dass Leader ein EU-Förderprogramm mit Zielsetzung ländlicher Raum sei. Da Windsberg als Vorort zum Stadtgebiet Pirmasens zählt, sei dieses Förderprogramm für Windsberg nicht zugänglich.

Der Ortsbeirat beschließt einstimmig, den Antrag einzureichen.

zu 5 Anfragen und Informationen

zu 5.1 Beantwortung von Anfragen

zu 5.1.1 Anfrage von Ortsbeiratsmitglied Scherer vom 10.07.2024 bezüglich "Verkehrsspiegel Hochwaldstraße Ecke Langenbergstraße"

Die Vorsitzende verliest die Stellungnahme der Verwaltung:
„Der Verkehrsspiegel wurde zwischenzeitlich erneuert.“

zu 5.1.2 Anfrage Ortsbeiratsmitglied Stegner vom 10.07.2024 bezüglich "Begehung und Erweiterung Kindergarten"

Die Vorsitzende verliest die Stellungnahme der Verwaltung:
„Die Betriebserlaubnis für die Kita Windsberg wurde am 26.08.2024 geändert. Demnach ist eine Belegung mit 27 Kindern mit jeweils 9 Stunden möglich. Davon sind 24 Ganztagsplätze im Ü2 Bereich (2-6 Jahre) und 3 Ganztagsplätze im Krippenbereich (U2).“

zu 5.1.3 Anfrage Ortsbeiratsmitglied Bißbort vom 10.07.2024 bezüglich "Außenanlage Sängerhalle"

Die Vorsitzende verliest die Stellungnahme der Verwaltung:
„Der genannte Bereich wird regelmäßig betreut.“

zu 5.2 Informationen

zu 5.2.1 Sachstand Glasfaserausbau

Die Vorsitzende stellt den aktuellen Sachstand des Ausbaus vor. (Anlage 4 zur Niederschrift)

Herr Maas erläutert, die Firma Tegro sei ein Unternehmen aus Pirmasens. Es sei äußerst anerkennenswert, dass Tegro bereits im Jahr 2014 Windsberg erschlossen

habe. Dadurch könnten in Windsberg inzwischen hohe Geschwindigkeiten von bis zu 100 MBit/s erreicht werden. Zudem sei es bemerkenswert, dass Herr Weidler auch bei nächtlichen Störungen vor Ort sei und sich um deren Behebung kümmere, was bei anderen Telekommunikationsanbietern nicht immer üblich sei.

Tegro führe den Ausbau eigenwirtschaftlich durch, der Auftrag gehe nicht von der Stadt aus. Die Verwaltung sei dafür zuständig, die Tiefbaumaßnahmen zu kontrollieren. Es sei von großer Bedeutung, dass ein Austausch mit den Stadtwerken erfolge, um eine koordinierte Durchführung der Bauarbeiten sicherzustellen und Doppelöffnungen der Straßen zu vermeiden. Eine enge Abstimmung trage dazu bei, unnötige Belastungen für die Bürger zu minimieren. Bei der nächsten Ortsbeiratssitzung könne Herr Weidler gerne erneut eingeladen werden, um über den aktuellen Stand des Ausbaus zu berichten. Bei Fragen könne man sich jederzeit an Herrn Weidler wenden.

Die Vorsitzende ergänzt, dass die Firma Tegro jede mögliche Unterstützung und Förderung durch die Stadt erhalte. In der Hochwaldstraße sei es jedoch nicht der Fall gewesen, dass die Tiefbaumaßnahmen gemeinsam durchgeführt worden seien. Zunächst habe die Straße fertiggestellt werden müssen, anschließend seien die Gehwege geöffnet worden. Den Vorschlag, Herrn Weidler beim nächsten Ausbauabschnitt zur Ortsbeiratssitzung einzuladen, sei begrüßenswert.

Ortsbeiratsmitglied Stephan berichtet, dass seit der Fertigstellung des Anschlusses Wasser in ihren Keller laufe. Seit über einem Jahr bemühe man sich, dass Herr Weidler die Abdichtung des Kellers vornehme. Auch bei den Nachbarn gegenüber habe Wasser im Keller gestanden, woraufhin Herr Weidler mit Bauschaum versucht habe, das Problem zu beheben. Dennoch trete weiterhin Wasser ein. Trotz wiederholter Nachfragen bei Tegro geschehe nichts.

Eine anwesende Bürgerin berichtet, dass sie in Gersbach ebenfalls Probleme habe. Für 5000 Euro sei vor zwei Jahren eine Leitung über die Straße gelegt worden. Danach sei anderthalb Jahre nichts geschehen, ehe sich herausgestellt habe, dass ein falsches Bauteil verbaut worden sei. Anschließend sei erneut ein halbes Jahr vergangen, ohne dass etwas unternommen worden sei. Auch auf wöchentliche Nachfrage hin sei keine Lösung erfolgt. Mittlerweile sei die Straße erneut geöffnet worden. Bezuglich der Hochwaldstraße in Windsberg solle die Versorgung für Interessenten im Unterdorf über ihr Grundstück laufen. Den Hang runter solle gegraben werden. Seit 2021 heiße es, der Ausbau solle im Herbst erfolgen, jedoch geschehe weiterhin nichts. Sie stehe zwar im Kontakt mit Tegro, jedoch ohne Fortschritte.

Die Vorsitzende stellt klar, dass politische Grenzen gesetzt seien. Es handle sich um ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das in Abstimmung mit der Stadtverwaltung den Auftrag übernommen habe. Es gebe keine Alternative zur Firma Tegro.

Ortsbeiratsmitglied Bißbort äußert, dass die Erschließung der ersten Meter in der Hochwaldstraße sehr gut verlaufen sei. Die Öffnung und Schließung der Straße sei innerhalb von zwei Tagen erfolgt. Ab dem Bereich Rederwald bis nahe dem Friedhof stehe der Graben jedoch seit vierzehn Tagen offen, wodurch derzeit kein Bürgersteig zur Verfügung stehe. Bei der Verlegung der Gasleitungen habe es geheißen, dass eine Umleitung erforderlich sei. Nun geschehe jedoch gar nichts mehr. Die Verwal-

tung müsse klar mit der Firma Tegro kommunizieren, dass die Bürgersteige nicht wochenlang geöffnet bleiben können.

Die Vorsitzende erläutert, dass in dieser Woche an der Baustelle gearbeitet worden sei. Ein weiteres Problem stelle das hohe Tempo dar, mit dem Autos an der Baustelle vorbeifahren würden. Sie sei gefragt worden, welche Maßnahmen diesbezüglich getroffen werden könnten. Es müsse sichergestellt werden, dass die Tiefbauarbeiten fachgerecht und zügig durchgeführt werden.

zu 5.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 5.3.1 Anfrage Ortsbeiratsmitglied Stephan vom 22.05.2025 bezüglich "Shuttle Bus"

Ortsbeiratsmitglied Stephan stellt die Anfrage bezüglich eines Shuttle-Busses. Windsberg habe Schüler von der IGS Thaleischweiler-Fröschen und der IGS Contwig. Sie bittet um Prüfung, ob es möglich wäre, einen Shuttle-Bus bis an die Anschlussstelle zu beauftragen. Es gehe um die Bärenhütte und Walshausen. Derzeit müssten die Kinder morgens bereits um 6 Uhr zum Exerzierplatz fahren, und der Bedarf sei gegeben.

Die Vorsitzende erläutert, dass das Problem darin bestehe, dass es sich um einen anderen Schulbezirk handle. In dem eigenen Schulbezirk herrscht eine gesetzliche Pflicht, die Schülerbeförderung ab einer gewissen Entfernung zu bezahlen. Anders verhält es sich bei anderen Schulbezirken. Aufgrund der unzureichenden kommunalen Finanzausstattung durch das Land haben die Kommunen kaum Spielraum für freiwillige Leistungen jenseits der gesetzlichen Pflichtaufgaben – in diesem Falle also für die Kostenübernahme des Schülertransports in einen anderen Schulbezirk. Dennoch sagt sie eine Prüfung zu.

zu 5.3.2 Anfrage Ortsbeiratsmitglied Bißbort vom 22.05.2025 bezüglich "Grünschnittsammelstellen"

Ortsbeiratsmitglied Bißbort stellt die Anfrage, ob es nicht möglich sei, Grünschnittsammelstellen zu errichten. Er habe festgestellt, dass zahlreiche Personen ihr Grün- gut illegal entsorgen würden, da dies augenscheinlich einfacher, bequemer und kostengünstiger sei, als es zum Wertstoffhof zu bringen.

Der Landkreis verfolge ein Konzept, welches dezentrale Grüngutplätze vorsehe. In diesem Zusammenhang stellt er die Anfrage, ob es nicht sinnvoll sei, für die Bereiche Gersbach, Windsberg und Winzeln einen Grüngutsammelplatz einzurichten. Zudem könne für die weiteren Ortsbezirke wie Fehrbach und Hengsberg ebenfalls ein solcher Platz geschaffen werden. Die anhaltende illegale Entsorgung könne nicht weiter hingenommen werden.

Herr Maas erläutert, dass sich die Verwaltung bereits vor zwei Jahren mit dieser Problematik befasst habe. Es seien geeignete Flächen identifiziert worden und eine Mitarbeiterin sei eingestellt worden, um sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Allerdings sei die Stelle nicht dauerhaft besetzt geblieben. Erneute Ausschreibungen zur Wiederbesetzung dieser Stelle seien erfolglos geblieben. Momentan habe die

Biomüll-Problematik im Bereich Abfall höchste Priorität. Dennoch werde die Stelle weiterhin ausgeschrieben, sodass sich künftig um diese Thematik gekümmert werden könne.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 20:20 Uhr.

gez. Stefanie Eyrisch
Vorsitzende

gez. Lucca Haas
Protokollführer